- Formen notwendiger pädagogischer Arbeit, wie z.B. Beratung, Betreuung, Animation, Koordination (didaktische Empfehlungen).

Literatur
Baacke, Dieter (Red.) Kulturentwicklungsplanung II. Dokumentation der kulturpolitischen Gesellschaft. Bonn 1979

9. Hilmar Hoffmann/Dieter Kramer:
Freizeitpolitik in der Großstadt - Probleme und Aufgaben

1. Die Kompetenzenzuordnung
In Herbst 1974 hat der damalige Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, Rudi Arndt, dem Kulturdezernenten die "Querkompetenz" für den Bereich Freizeit übertragen und zugleich relevante Institutionen wie den Zoo, den "Palmengarten", den Stadtwald oder die Bürgerhäuser in die Kompetenzstruktur eines jetzt für Kultur und Freizeit zuständigen Dezernats einbezogen. Damit wurde programmatisch der Versuch unternommen, die in der kommunalen Verwaltungsbürokratie traditionell hermetisch gegeneinander abgeschirmten Bereiche Kultur und Freizeit miteinander zu verbinden.
Der Deutsche Städteetag und die Deutsche Gesellschaft für Freizeit haben beide die Errichtung von gesonderten "Freizeitämtern", wie sie eine zeitleing erprobt wurden (z.B. in Erlangen), abgelehnt. Sie sprechen statt dessen von der "Querschnittsaufgabe" der Freizeitplanung: In allen Kantonen, die einschlägige Entscheidungen treffen, soll berücksichtigt werden, daß die Menschen einen Anspruch darauf haben, die notwendigen Einrichtungen für die freie Zeit zu bekommen (1).
Mit der administrativen Integration von Kultur und Freizeit und der auf ihrer Grundlage entwickelbaren Praxis kann vermieden werden,
- daß "Kultur" als Einladung vor allem für die Gebildeten, als Privilieg der ohnehin Privilegierten betrachtet wird, während Freizeitangebote eher für die vermeintlich anspruchsloseren oder mit geringeren Bedürfnissen ausgestatteten Massen gelten;
- daß "Kultur"-Angebote Hinsicht nehmen auf die (angenommene Möglichkeit der vielseitigen Entfaltung der Menschen, während Freizeitangebote allenfalls Perfektionierung ermöglichen, an-
Die Stadt Frankfurt hat darüber hinaus noch das ins Planungsdezernat eingegliederte Amt für kommunale Gesamtentwicklung, das längerfristige Planungen, bezogen auf die gesamte Kommune, betreibt und mit den einzelnen Ämtern koordiniert. Auch hier braucht eine Planung eine lange Anlaufzeit.

Die praktische Realisierung dessen, was mit der Querschnittsaufgaben Freizeit (und der damit verbundenen Integration von Kultur und Freizeit) intendiert ist, ist somit eine Frage langfristiger, oft mühsamer Politik.

2. Die Bedeutung der Freizeit für die Kommune: der Sozialkontextwert


Empirisches nachweisbar gestaltet sich der wesentliche Teil der Freizeit außerhalb der Wohnung in unmittelbarem Zusammenhang mit Soziokontakte. Aus eigener Erfahrung wissen wir, dass oft die gemeinsam mit anderen verbrachte Zeit auch die schöne ist.

Erschreckend hoch ist auf der anderen Seite der Prozentsatz derjenigen, die keine oder kaum Sozialkontakte haben: Bei älteren Alleinlebenden ist der Anteil von 50 und mehr Jahren haben 48 % keine Verwandten, Bekannten oder Freunde; bei alleinlebenden 18- bis 34-Jährigen sind es immerhin noch 24 %. Bei Verheirateten liegen die Zahlen bei 37 % bzw. 22 % (diese Angaben stützen sich auf eine 1973 in Bremen gemachte Untersuchung; in Frankfurt dürften sie kaum besser sein (4)).

Für eine Stadt wie Frankfurt muß es selbstverständlich sein, unter Berücksichtigung solcher Erfahrungen systematisch ihren Sozialkontextwert zu steigern. Gemeint ist damit nicht jener Wert, der das Maß der Hilfe mißt, das einem Bürger zur Verfügung steht, wenn er sich in Not befindet, sei es aus Gründen des Alters,


3. Benachteiligte Gruppen der Bevölkerung

Genügend Indizien verweisen darauf, daß auf eine Weise auch soziale Brennpunkte entschärft werden können. Wenn es gelingt, mit mehr Sozialkontakt und Kommunikation die Jugendkriminalität oder der psychischen Krankheit langfristig nur um wenige Prozentpunkte zu senken, dann ist damit nicht nur dem Betroffenen geholfen, sondern auch ein bedeutender materieller Vorteil erreicht. So mag, wer dessen bedarf, sich sein soziokulturelles Engagement auch Wirtschaftlich bestätigen lassen. Ausschlaggebend ist, daß eine Gesellschaft wie die unsere in der Lage sein muß, die einfachsten Bedürfnisse nach menschlichem Kontakt und nach sozialem und emotionalen Wohlbefinden auch derjenigen zu befriedigen, die durch unsere verfestigten Gesellschaftsstrukturen benachteiligt sind. Wenn man auf der einen Seite derjenigen, die per Zufall oder weil sie sich im Leistungsdruck und Konkurrenzkampf durchsetzen, immensen Mittel für ihre Kommunikation, ihre Entfaltung und ihren Luxus zubilligt, dann kann man nicht wie im Mittelalter diejenigen allein lassen, die durch Zufall oder Mißgeschick (oder, wie die Jugendlichen oder die Alten, strukturell z.B. durch die Stellung in der Alterspyramide) benachteiligt sind. Das gleiche gilt für die Bewohner von ungunstig strukturierten und schlecht ausgestatteten Stadtteilen, sowie für anderweitig benachteiligte Gruppen.

Die Freizeitforschung hat darauf aufmerksam gemacht, daß es Benachteiligungen gibt, die bezüglich der Freizeit- und Freizeitverhältnisse extrem benachteiligt sind, weil bei ihnen mehrere benachteiligte Faktoren zusammen auftreten und sich verstärken.

So sind ältere Arbeiter, Frauen mit Kleinkindern, Schichtarbeiter und ausländische Arbeitnehmer am stärksten benachteiligt. Sowohl in einem Monatsinkommen unter 1000 DM (1975) als auch Volksbildung ohne Lehre bedeuten ebenfalls eine extrem starke Benachteiligung in der Freizeit (5).

Der Ausgleich solcher Benachteiligungen ist eine Pflichtaufgabe, die sich aus dem Selbstverständnis unseres Staates als demokratischer und sozialer Rechtsstaat ableitet.

Die Planung muß somit mehr sein als die Planung kultur- und freizeitorientierter institutioneller Infrastruktur, so wichtig es auch nach wie vor bleibt, die entsprechenden Einrichtungen als materielles Substrat zur Verfügung stehen.

Die Konsequenz aus beiden Aspekten - dem weitgehenden Fehlen sozialkontextorientierter Kultur- und Freizeiteinrichtungen und der allgemein begrenzten starke benachteiligung der Gruppen kann nur eine sozial aktivierende Freizeitpolitik sein, durch die Chancen und Möglichkeiten für Begegnung und Kommunikation verbreitet werden.


Die "UNESCO-Empfehlung über die Teilhabe und Mitwirkung aller Bevölkerungsschichten am kulturellen Leben" vom 30.11.1977 weist darauf hin, daß die Teilnahme möglichst vieler Personen und Vereinigungen in einer Vielzahl frei gewählter kultureller Beteiligungen für die Entfaltung der menschlichen Grundwerte und der Würde des einzelnen unerlässlich ist und daß der Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu den Kulturgütern nur dann gewährleistet werden kann, wenn soziale und wirtschaftliche Vor- aussetzungen geschaffen werden, die es den Betroffenen nicht nur ermöglichen, diese Güter zu genießen, sondern auch aktiv an allen Repräsentationen des kulturellen Lebens und am Prozeß der kulturellen Entwicklung teilzunehmen. Förderungsmaßnahmen sollen daher "jedem die Möglichkeit geben, nicht nur Empfanger der zu sein, sondern auch sich selbst in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens auszudrücken ..." (6).

4. Das Beispiel Vereinsförderung

Die gezielt angelegte Förderung von Vereinen und Organisationen kann dazu beitragen, ein besseres Verhältnis zwi...

5. Zusammenfassung

- daß sie Vorbehalte gegen die intensive Bindung an einen Verein haben,
- daß sie zwar als Familienangehörige (Ehefrauen und Kinder) indirekt teilhaben können an einem Teil der Vereinsaktivitäten, in ihren eigenen (status- und rollen-) spezifischen Funktionen aber dadurch keine Förderung erhalten,
- daß sie als Personen, die durch mangelnde Bildungschancen, durch ungünstige Arbeitszeiten, durch mangelnde Mobilität oder durch Verkehrssperren der Wohnung, durch den Familienstand, durch physische oder psychische Behinderung benachteiligt sind,
- daß sie als Angehörige von nationalen, ethnischen oder weltanschaulichen Minderheiten (z.B. als Arbeitseingriffen) in einer ungünstigen Situation sind.

Auch für diese Gruppen muß gesorgt werden.

5. Freizeitentwicklungsplanung

Zur Entwicklung neuer Akzente in der Freizeitpolitik ist eine langfristige Planung notwendig. Daher soll im Rahmen der Planung für die Kommunale Gesamtentwicklung auch ein "Freizeitentwicklungsplan" für Frankfurt entstehen.


Für einen solchen Freizeitentwicklungsplan lassen sich zwei Hauptbereiche analytisch hervorheben: Erstens um Einrichtungen zur Regeneration des Arbeitsvermögens (physische und psychische Regeneration, also allgemeine Gesundheitspflege, Entspannung und Ausgleich, soweit dazu außerhalbige Angebote notwendig bzw. nützlich sind). Regeneration" sollte dabei nicht nur negativ, was das Wiederaufbau von Schäden und Verschleißerscheinungen, die bei der Arbeit auftreten, orientiert sein, sondern positiv auf physische und psychische Wohlbefinden im Sinne der Gesundheits-Definition der Weltgesundheitsorganisation zielen und damit z.B. ein positives Verhältnis zum Körper, zur Bewegung, zur Entäußerung von menschlichen Wesenskräften in physischer, emotionaler und sozialer Aktivität beinhalten, eingeschlossen in den Reproduktionsbereich ist dabei die aktive Einführung auf die berufsbezogenen Bedingungen des Wohnumfeldes und gesellschaftlichen Einheiten (also Politik im weitesten Sinne).

Es geht zweitens um Einrichtungen, die der berufsperspektiven Entwicklung des Menschen dienen. Öffentliche Einrichtungen und Angebote bieten den Bürgern die Möglichkeit, ihre Ästhetik, physischen, emotionalen, sozialen sowie intellektuellen Fähigkeiten und Bedürfnisse individuell oder gemeinschaftlich mit anderen in freier Wahl, orientiert an den jeweiligen Wünschen und Interessen, zu entfalten, und zwar unabhängig von beruflichen oder gesellschaftlichen Zwecken (d.h. nur orientiert an dem Anspruch, den gemeinsam erzeugten gesellschaftlichen Reichtum zur Bereicherung der Lebens- und Glücksmöglichkeiten zu benutzen).


Indem die Kommune in diesem Bereich der Freizeit aktiv wird, nimmt sie nach allgemeiner Rechtsauffassung im Rahmen ihrer Allkompetenz freiwiligen Aufgaben in einem von anderen verfassungsmäßigen Institutionen nicht ausgefüllten Raum wahr. Dieses müssen heute im Rahmen der demokratischen gesellschaftlichen Systems notwendigerweise institutionell und öffentlich gelöst werden, weil sie sich weder gleichsam "natürlich" aus dem Problem der Freizeitflächen in der industriellen Gesellschaft noch von privaten Anbietern abgedeckt werden können.

6. Prinzipien der Freizeitpolitik


Anmerkungen


